

Presseerklärung

Karlsruhe erklärt Richterbesoldung für unzureichend

Nach dem heutigen Urteil des BVerfG fordern der Bund der Richter und Staatsanwälte in NRW und die Verwaltungsrichtervereinigung NRW eine deutliche Besoldungserhöhung noch in diesem Jahr sowie die Rückkehr zu einer bundeseinheitlichen Richterbesoldung.

Das Bundesverfassungsgericht hat mit dem heutigen Urteil die R-Besoldung im Lande Sachsen-Anhalt für verfassungswidrig erklärt.

Auch für NRW bedeutet dies, dass die R-Besoldung deutlich anzuheben ist. Die aktuelle Besoldung in NRW ist vergleichbar niedrig wie der für verfassungswidrig erklärte Zustand in Sachsen-Anhalt.

Die Landesregierung NRW ist nunmehr in der Pflicht, die Maßgaben aus dem Urteil im Rahmen der vorzunehmenden Besoldungserhöhungen umzusetzen. Dabei muss sie u.a. die in NRW seit 2003 vorgenommenen erheblichen Besoldungskürzungen ebenso ausgleichen, wie die weiteren Einschnitte der Besoldungsrunde 2013/2014.

Der DRB NRW und die Verwaltungsrichtervereinigung NRW fordern zudem die Landesregierung in NRW auf, sich umgehend für eine Rückkehr zur bundeseinheitlichen Besoldung einzusetzen. Nur so kann dauerhaft eine leistungsstarke und unabhängige Justiz gewährleistet werden.

„Die Landesregierung muss nun die Gelegenheit ergreifen, die Besoldung wieder auf ein verfassungsgemäßes Niveau anzuheben. Verlorengegangenes Vertrauen muss durch schnelles Handeln zurückgewonnen werden. Nur so kann die Attraktivität des Richterberufs und damit auch die Funktionsfähigkeit der Justiz gesichert werden.“, sagte der Vorsitzende des Bundes der Richter und Staatsanwälte NRW, Christian Friehoff, in Karlsruhe.

Hintergrundinformationen: Das Jahresbruttogehalt eines jungen Richters in Sachsen-Anhalt beträgt 44.289,00 Euro in NRW sind es 44.674,00 Euro, also monatlich ca. 30,00 Euro mehr.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an: Christian Friehoff: 0175/5977265

Der Bund der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen ist mit über 3750 Mitgliedern bei ca. 5.400 Richtern und Staatsanwälten im Land Nordrhein-Westfalen deren größter Berufsverband.